

# Resolution der AWO am Niederrhein



Arbeiterwohlfahrt  
**Bezirksverband  
Niederrhein e.V.**

## **Der Vorstand**

Lützowstraße 32  
45141 Essen

Telefon: 02 01 / 31 05 - 0  
Telefax: 02 01 / 31 05 - 276  
info@awo-niederrhein.de  
www.awo-nr.de

18. März 2003

## **Ein Aufbruch am Arbeitsmarkt**

### **Immer mehr Jugendliche und junge Erwachsene ohne berufliche Perspektiven**

Mit dem In-Kraft-Treten des ersten und zweiten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz-Konzept) zu Beginn des Jahres 2003 sollte die größte Arbeitsmarktreform der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eingeleitet werden.

Ein bis dahin einmaliger gesellschaftlicher Konsens der Interessensgruppen von Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft hat diese Gesetze mit getragen und mit geprägt. Auch die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und Träger der Jugendsozialarbeit haben den Prozess kritisch, aber konstruktiv begleitet.

Dieser breite gesellschaftliche Konsens ist nunmehr gefährdet, weil die Bundesanstalt für Arbeit (BA) an ihrem Ziel festhalten will, für 2003 und Folgejahre - trotz steigender Arbeitslosigkeit - ohne einen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt auszukommen. Die Umsetzung dieses Vorhabens mit massiven Kürzungen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik **drängt Problemgruppen des Arbeitsmarktes ins gesellschaftliche Abseits.**

Unter Hinweis auf die Umsetzung des Hartz-Konzeptes hat das Land Nordrhein-Westfalen zu Beginn des Jahres **40 % der Landesmittel** (83 Mio. Euro) für die aktive Arbeitsmarktpolitik in NRW **gekürzt. Auch diese Streichungen treffen vorrangig die benachteiligten Zielgruppen** des Arbeitsmarktes.

Um die Sparvorgaben zu erfüllen, **sind die Arbeitsämter angewiesen**, Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik verstärkt an Arbeitslosengeldempfänger zu vergeben und außerdem **10% der Mittel für Ausbildung und Qualifizierung einzusparen.**

In den kommunalen Arbeitsämtern gibt es hierzu verbindliche Weisungen der Landesarbeitsämter, die keinen Spielraum für Entscheidungen vor Ort bieten. Die Leidtragenden dieser rein monetären und ausschließlich kurzfristigen Kosten- und Nutzenperspektive sind vor allem Jugendliche. Das Gros der Jugendlichen erfüllt die Zugangsvoraussetzung (Bezug von Arbeitslosengeld) nicht und gehört somit nicht mehr zu den "Zielgruppen der "aktiven Arbeitsmarktpolitik".

Damit sind einer gesellschaftlichen Gruppe schlagartig mittel- und langfristige Lebensperspektiven genommen worden, wobei die damit verbundenen gesellschaftspolitischen Konsequenzen bereits jetzt absehbar sind. Heute nicht geleistete Investitionen zur Integration benachteiligter Jugendlicher in die Arbeitswelt ziehen eine langfristige Ausgrenzung dieser Zielgruppe nach sich. Dies ist vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland sowohl gesellschaftspolitisch als auch volkswirtschaftlich nicht zu vertreten.

## **Arbeitsmarktpolitische Situation 2003**

In Nordrhein-Westfalen sind - Stand Februar 2003 - **108.013 junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos**. Die Jugendarbeitslosigkeit in NRW hat damit einen neuen Höchststand erreicht. Die **Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze ist im Vergleich zum Vorjahr um 16,5 % gesunken**. Ungeachtet dieser Tatsache werden die Einsparungen vorgenommen.

Bundesweit stehen zahlreiche Angebote außerbetrieblicher Berufsausbildung für benachteiligte junge Menschen vor dem Aus. Damit werden wichtige Angebotsstrukturen für benachteiligte junge Arbeitslose und deren Chance auf eine berufliche Integration unwiederbringlich zerstört.

Aufgrund verschärfter Zugangsvoraussetzungen zu den Qualifizierungsmaßnahmen werden bundesweit allein **100.000 - 120.000 junge Menschen bis zu 25 Jahren**, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen bzw. nicht erfüllen können, von den geplanten Kürzungen **betroffen** sein.

Harald Schartau als Minister für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalens und Mitglied der Hartz-Kommission hat in einem Statement zur NRW-Arbeitsmarktpolitik als neue Leitlinien für das Jahr 2003 - als Jahr des Umbruchs - formuliert, dass sich das Land NRW " *vor allem um die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit kümmern (wird). (...) Ehe wir hier etwas umstellen, müssten die Hartz-Vorschläge für Jugendliche eine eigene Qualität bekommen haben.*" Eine Qualität, deren Merkmal es ist, dass benachteiligte junge Menschen keine Chance mehr auf berufliche Integration haben, kann Harald Schartau dabei aber wohl kaum gemeint haben.

## **Situation junger Arbeitsloser in Maßnahmen der AWO am Niederrhein**

Eine Antwort der Arbeiterwohlfahrt am Niederrhein auf das Problem der Jugendarbeitslosigkeit war der Aufbau von vielfältigen Angeboten und Projekten. Mehr als **4.000 junge Menschen** werden durch die AWO und ihre korporativen Mitglieder

- auf das Berufsleben vorbereitet
- in ihrer Berufsausbildung begleitet
- beruflich ausgebildet und
- durch zusätzliche Projekte beschäftigt.

Es ist gelungen, Angebote von hoher Qualität zu entwickeln. Dabei ist es ein wichtiges Anliegen, den spezifischen Problemstellungen von jungen Menschen gerecht zu werden. Dies war vor allem durch den Aufbau von Verbundsystemen möglich.

Die Kürzungen der Arbeitsverwaltung gefährden massiv Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote der Freien Wohlfahrtsverbände und anderer Institutionen. Allein bei der AWO am Niederrhein droht der Abbau von 1.000 Plätzen in diesen Bereichen.

## **Die AWO Niederrhein fordert:**

- **Jedem Jugendlichen muss eine zukunftsweisende berufliche Ausbildung angeboten werden.** Nur durch eine qualifizierte Berufsausbildung bestehen Chancen auf eine Integration in den Arbeitsmarkt und damit auf eine gesicherte Existenz und eigenständige Lebensführung.
- **Kein Jugendlicher darf länger als ein halbes Jahr ohne Ausbildung oder Arbeit bleiben.** Alle zuständigen Politikbereiche sind aufgerufen dieses europäische Leitziel in die Praxis umzusetzen.
- Für junge Menschen, die (noch) nicht in der Lage sind, eine berufliche Ausbildung zu beginnen, muss ein **Recht auf eine Beschäftigung** geschaffen werden. Diese Beschäftigung muss perspektivisch angelegt sein und den Lebensunterhalt sichern können.
- Der **Ausbau von Instrumenten der aktiven Arbeitsförderung und Qualifizierung von Jugendlichen** ist weiter zu forcieren. Durch ein System von Angeboten der Berufsvorbereitung, Ausbildungsbegleitung und außerbetrieblichen Ausbildung ist für benachteiligte Jugendliche die Chance der Beteiligung am Berufsleben sicherzustellen.
- **Die NRW Landesregierung wird aufgefordert, die angekündigten Kürzungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik nicht umzusetzen,** solange keine geeigneten Alternativangebote für benachteiligte Arbeitslose zur Verfügung gestellt werden.
- **Die Arbeitsämter müssen auch in Zukunft eindeutige politische Vorgaben zur Umsetzung wirkungsvoller Angebote für benachteiligte jugendliche Arbeitslose erhalten.** Das Ziel der BA, bei steigender Arbeitslosigkeit ohne Zuschuss aus dem Bundeshaushalt auszukommen, darf nicht zu Lasten der zielgruppenorientierten Arbeitsmarktpolitik gehen.
- Wir fordern die politische Verantwortlichen in den Kommunen, im Land, im Bund und in den Verwaltungsräten der Bundesanstalt für Arbeit auf, sich unmittelbar und aktiv für den **Erhalt der Maßnahmen aktiver Beschäftigungspolitik für benachteiligte Zielgruppen** des Arbeitsmarktes einzusetzen.